

Die Entente-Ziele in Europa und Asien.

Meldung des Wossischen Telegraphen-Büros.

Stockholm, 27. November.

Von den durch die bolschewistische Regierung veröffentlichten Geheimdokumenten seien die folgenden ausführlich mitgeteilt:

An erster Stelle wird in der „Pravda“ ein Aktentstück mitgeteilt, das im Blatte die Ueberschrift trägt „Uebereinkommen betreffend Konstantinopel und die Meerengen“. (Eine Information.) Am 19. Februar (4. März) 1915 übergab der Außenminister den französischen und englischen Botschaften ein Memorandum, in welchem als wünschenswertes Ziel ausgesprochen wurde, daß als Ergebnis des gegenwärtigen Krieges folgende Territorien Rußland überlassen werden möchten: die Stadt Konstantinopel, die westlichen Küsten des Bosphorus bis zum Samatrafuß und einem später näher zu bestimmenden Punkt am Samsidfund, die Inseln im Marmarameer und die Inseln Imbros und Tenedos. Frankreichs und Englands Sonderprivilegien innerhalb der angegebenen Territorien sollen unangebührt bleiben.

Sowohl Frankreichs wie Englands Regierung gaben ihre Bereitwilligkeit zu erkennen, unsere als wünschenswert bezeichneten Ziele gutzuheißen unter der Voraussetzung, daß der Krieg glücklich endete und andererseits einer ganzen Reihe französischer und englischer Forderungen entgegengekommen werde, die sich teils auf Gebiete des Osmanischen Reiches, teils auf andere Gebiete bezogen.

Diese Forderungen waren, soweit sie der Türkei galt, folgende: Konstantinopel wird als ein Freihafen anerkannt zur Transaktion von Waren, welche weder von Rußland kommen noch nach Rußland gehen, und Handelschiffe sollten freie Durchfahrt durch die Meerengen haben. England und Frankreich sollten in der asiatischen Türkei Rechte zuerkannt werden, welche durch ein Sonderübereinkommen zwischen Frankreich, England und Rußland genau fixiert werden sollten. Die heiligen Stätten der Mohammedaner und Arabier sollten einem unabhängigen mohammedanischen Reiche unterstellt werden. Die durch das englisch-russische Uebereinkommen vom Jahre 1907 neutralisierte Zone in Persien sollte, als zu Englands Interessensphäre gehörig anerkannt werden.

Die russische Regierung, die im Prinzip anerkannte, daß diesen Forderungen entgegengekommen werden müsse, machte gleichwohl einige Vorbehalte. In der Formulierung unserer Wünsche betreffend die heiligen Stätten der Mohammedaner mußte unmittelbar klargelegt werden, über diese Stätten unter türkischer Oberhoheit verbleiben und der Sultan weiter das Khalifat behalten sollte, oder ob man einige neue unabhängige Reiche gründen sollte. Nach unserer Meinung wäre es wünschenswert, daß das Khalifat von der Türkei getrennt würde. Auf alle Fälle müßten die Wallfahrten nach den heiligen Stätten frei bleiben.

Rußland geht darauf ein, die neutrale Zone in Persien als unter Englands Interessensphäre gehörend, anzuerkennen, hält gleichwohl den Vorbehalt für angebracht, daß die Gebiete der Städte Isfahan und Isfah Rußland zugesichert werden und daß der Teil der neutralen Zone, der wie ein Keil zwischen die russische und afghanische Grenze eingeschoben ist und sich Rußlands Grenze bei Sulgatar nähert, der russischen Interessensphäre zugewiesen wird. Die russische Regierung hält es für wünschenswert, daß außerdem gleichzeitig Entscheidung getroffen wird, betreffend das an Rußland grenzende nördliche Afghanistan in der Richtung der von der Regierung bei den Verhandlungen des Jahres 1914 ausgesprochenen Wünsche.

Nach Eintritt Italiens in die Reihe der Kriegführenden Mächte wurden unsere als wünschenswert bezeichneten Ziele auch der italienischen Regierung mitgeteilt, welche ihre Einwilligung aussprach unter der Voraussetzung, daß der Krieg mit Sieg endete, daß Italiens Wünsche im allgemeinen und im Osten in besonderem Entgegenkommen finden und daß wir in den uns zufallenden Gebieten Italiens dieselben Rechte zuerkannten, wie Frankreich und England.

Geheimtelegramm an den Botschafter in Paris vom 9. März 1916:

Auf der bevorstehenden Konferenz können Sie folgende allgemeine Prinzipien zur Richtschnur nehmen. Die zwischen den Bundesgenossen während des Krieges eingegangenen politischen Uebereinkommen müssen unangestößt bleiben und dürfen keiner Revision unterworfen werden. Dies gilt unserm Abkommen mit Frankreich und England betreffend Konstantinopel, die Meerengen, Syrien und Klein-Asien, sowie dem Londoner Vertrag mit Italien. Alle Vorschläge betreffend Festlegung der zukünftigen Grenzen Mitteleuropas sind zurzeit verstrickt, im allgemeinen muß man eingedenk sein, daß wir bereit sind, Frankreich und England volle Freiheit zu lassen, Deutschlands Westgrenzen zu bestimmen, da wir darauf rechnen, daß die Bundesgenossen uns ihrerseits volle Freiheit lassen, unsere Grenzen gegen Deutschland und Oesterreich zu bestimmen. Notwendig ist es vor allem, zu fordern, daß die polnische Frage von den Gegenständen der internationalen Verhandlungen ausgenommen, und alle Versuche, Polens Zukunft unter die Garantiekontrolle der Mächte zu stellen, verhindert werden.

Was die skandinavischen Reiche angeht, muß man dahin streben, Schweden von einem gegen uns feindlichen Auftreten abzuhalten und ebenso rechtzeitig an Maßnahmen denken, Norwegen auf unsere Seite zu bringen für den Fall, daß es nicht gelingen sollte, einem Krieg mit Schweden vorzubeugen. Rumänien sind bereits alle die politischen Vorteile versprochen worden, welche es vermögen können, zu den Waffen zu greifen, und deshalb ist es vollkommen unnötig, in dieser Richtung neue Lockmittel zu brauchen. Die Frage betreffend Verdämmung der Deutschen vom östlichen Markt hat sehr große Bedeutung, aber da die Entscheidung dieser Frage ohne Japans Mitwirkung unmöglich ist, ist es ratsam, die Erörterung derselben bis zur ökonomischen Konferenz zu verschieben, auf der japanische Vertreter anwesend sein werden. Dies schließt nicht aus, daß ein vorbereitender Meinungsaustausch auf diplomatischem Wege zwischen Frankreich und England in dieser Frage wünschenswert ist. Sazonow.

Geheimtelegramm an den russischen Botschafter in Paris: Petersburg, 30. Januar 1917. 507. (Copée.)

In allerhöchster Audienz hat Herr Doumergue Seiner Majestät dem Kaiser den Wunsch Frankreichs mitgeteilt, sich der Rückgabe von Elsass und Lothringen nach dem Schluß des Krieges zu versichern, sowie einer Sonderstellung im Falle des Saargebietes.

flusses, und es dahin zu bringen, daß die Gebiete westlich des Rheins von Deutschland losgerissen und so reguliert werden, daß der Rhein in Zukunft ein dauerndes strategisches Hindernis gegen ein deutsches Vordringen bilden möge. Doumergue sprach die Hoffnung aus, Seine kaiserliche Majestät möchte nicht ablehnen, jetzt sofort seine Zustimmung zu diesem Vorschlage auszusprechen.

Seine kaiserliche Majestät geracht, im Prinzip seine Zustimmung auszusprechen, und ich ersuchte insobessen, daß Doumergue nach Mitteilung mit seiner Regierung mir einen Vorschlag zu einem Uebereinkommen mitteilen möchte, welches auf der Basis des Notenauswechself zwischen dem französischen Botschafter und mir geschlossen werden könnte. Indem wir somit den Wünschen unserer Bundesgenossen entgegenkommen, glaube ich gleichwohl an einen Gesichtspunkt erinnern zu müssen, welcher von der kaiserlichen Regierung im Telegramm vom 24. Februar 1916 Nr. 948 dargelegt wurde und nach dem wir, wenn wir Frankreich und England uneingeschränktes Recht in der Frage der Festlegung von Deutschlands westlichen Grenzen zuerkennen, darauf rechnen, daß die Bundesgenossen ihrerseits uns ein entsprechendes Recht zuerkennen werden, was die Festlegung unserer Grenzen mit Deutschland und Oesterreich anbelangt. Der bevorstehende Notenauswechsel in der von Doumergue angeregten Frage gibt uns somit Veranlassung, zu ersuchen, daß die französische Regierung uns gleichzeitig ihre Einwilligung dazu versichert, daß Rußland in der Frage der Bestimmung seiner zukünftigen Grenzen im Westen Handlungsfreiheit erhält. Exakte Angaben in dieser Frage werden wir zu seiner Zeit dem Pariser Kabinett mitteilen. Des Ferneren glauben wir uns der Einwilligung Frankreichs versichern zu müssen, daß nach dem Schluß des Krieges die Servitut über die Aalandsinseln aufgehoben wird. Bitte, legen Sie die oben dargestellten Gesichtspunkte Briand dar und telegraphieren Sie über das Ergebnis. Potrowski.

In der „Sobkatskaja Prawda“ werden folgende Telegramme des Außenministers Terechtschenko veröffentlicht, welche eine Episode in der Geschichte des Verhältnisses zwischen Rußland und seinen Bundesgenossen betreffen.

Geheimtelegramm an die Vertreter in Paris, London, Rom vom 9. Oktober 1917:

Der französische, englische und italienische Botschafter hatten den Wunsch ausgedrückt, gleichzeitig vom Ministerpräsidenten empfangen zu werden, und machten ihm eine Mitteilung, in der hervorgehoben wurde, daß die letzten Ereignisse Befürchtungen eingebracht hätten betreffend die Widerstandskraft Rußlands, und dessen Fähigkeit, den Krieg fortzusetzen; aus diesem Anlaß kann die allgemeine Volksmeinung in den verbündeten Ländern von ihren Regierungen Angaben über die materielle Hilfe fordern, die Rußland gewährt worden ist. Um den alliierten Regierungen die Möglichkeit zu geben, die allgemeine Stimmung zu beruhigen, und ihr neue Zuversicht einzusößen, obliegt es der russischen Regierung, durch die Tat ihre Entschlossenheit zu zeigen, alle Mittel anzuwenden, um die Disziplin wiederherzustellen und der Armee einen wirklichen Kriegesgeist einzusößen, sowie das regelrechte Funktionieren des Regierungsapparates vor und hinter der Front zu sichern. Die verbündeten Regierungen drücken endlich die Hoffnung aus, daß die russische Regierung diese Aufgabe erfüllen und sich somit der Unterstützung der Bundesgenossen versichern wird.

Der Minister hob in seiner Antwort an die drei Botschafter hervor, daß der Schritt der Botschafter bei der Allgemeinheit nicht eine Auslegung erfahre, die geeignet wäre, Unwillen gegen die Bundesgenossen zu erregen. Er wies dabei darauf hin, daß die gegenwärtige schwierige Lage Rußlands in bedeutendem Maße mit der von dem alten Regime übernommenen Erbschaft zusammenhängt, dessen Regierung zurzeit im Auslande eine Unterstützung und ein Vertrauen genossen habe, die vielleicht ihren Verdiensten nicht entsprechen hätte. Er lenkte auch die Aufmerksamkeit auf die gefährlichen Folgen, welche ein Schwanken der Bundesgenossen in der Frage der Verseeung der Armee mit ihren Kriegsbedürfnissen zur Folge haben müßte; diese Folgen zeigen sich zwei, drei Monate, nachdem ein derartiges Schwanken verflüchtigt wird.

Was den Krieg anlangt, so hob Kerenki hervor, daß man diesen in Rußland immer noch als eine allgemeine nationale Angelegenheit betrachtet, und daß er es deshalb für unnötig halte, die von dem russischen Volk geschaffenen Opfer besonders hervorzuheben. Der Imperialismus der Centralmächte bildet die größte Gefahr für Rußland, und der Kampf gegen diesen Imperialismus muß im nächsten Anschluß an die Bundesgenossen geführt werden. Rußland, das mehr als andere vom Kriege gelitten hatte, kann diesen nicht beendigen, ohne seine territoriale Integrität und Unabhängigkeit gesichert zu haben, und wird den Kampf fortsetzen, wie auch die internationale Spannung werden möge. Was die Maßnahmen zur Wiederherstellung der Kampffähigkeit der Armee anlangt, hob der Ministerpräsident hervor, daß die Aufgabe Gegenstand der ganzen Aufmerksamkeit der Regierung bilde, und daß die am gleichen Tage vom Kriegsminister und Außenminister an die Front unternommene Reise gerade von der Notwendigkeit, ein entsprechendes Programm auszuarbeiten, hervorgerufen war. Zum Schluß wies Kerenki hinsichtlich der kollektiven Art des Schrittes der Botschafter hin, daß Rußland immer noch eine Großmacht sei. Terechtschenko.

Geheimtelegramm des diplomatischen Agenten Rußlands in Bern vom 4. (17.) September 1917 Nr. 707:

In der Lokalpresse ist ein Fühler erschienen, nach welchem einige Finanzleute aus beiden im Kriege miteinander befindlichen Lagern kürzlich in der Schweiz weitgehende gemeinsame Besprechungen geführt haben. Wer die Konferenzteilnehmer und welches die Ziele der Beratung gewesen, wird streng geheim gehalten. Zweifellos sind jedoch folgende Personen dabei gewesen: Jacques Stern von der Niederländischen Bank in Paris, Tadmanna von der Pariser Abteilung der Lloyd Bank, Fürstenberg, Direktor der Landesgesellschaft. Außerdem ein Vertreter der Deutschen Bank und einer österreichischen („Austrobank“). Die Engländer haben zwar ihre Teilnahme an den Beratungen bestritten, aber am 2. (15.) September traf in Genf aus London der Direktor der Lloydbank Boll unter dem Vorwande der Gründung einer Filiale in der Schweiz ein.

Wie gerüchtweise verlautet, hat man als Basis eines Uebereinkommens folgende Möglichkeiten erörtert: Elsass-Lothringen

gen sollte Frankreich zurückgegeben und Italiens Forderungen sollte entgegengekommen werden. Nichts Bestimmtes ist betreffend Rußland festgestellt worden; es sind nur Andeutungen ausgesprochen worden, daß die Centralmächte eine Reihe Kompensationen im Osten erhalten können. Die deutschen Teilnehmer an den Beratungen forderten insbesondere die Belassung der Baltischen Provinzen an Deutschland und Unabhängigkeit für Finnland.

Dazu bemerkt das Wossische Telegraphen-Bureau: Die Tatsache dieser Zusammenkunft ist bereits von deutscher Seite bemerkt.

In einem weiteren Telegramm der Petersburger Telegraphen-Agentur wird nochmals auf die das Saargebiet betreffenden Garantien Bezug genommen. Darin befindet sich folgende bemerkenswerte Mitteilung: „Aus diesen Gebieten soll ein freier, neutraler Staat gebildet werden, der durch russische Truppen besetzt werden soll, bis zu dem Augenblick, in dem die Friedensbedingungen und Bürgschaften verwirklicht sind und der Friede geschlossen ist.“

Wieder ist es eine russische Revolutionsregierung, die durch altanmäßige Veröffentlichungen die wirklichen Beweggründe, die zum Kriege geführt haben, offenbart. Die Veröffentlichungen der maximalistischen Regierung legen in gewaltig vergrößertem Maßstabe fort, was die Regierung Kerenkis durch die Enthüllungen des Suchomlinow-Prozesses begonnen hat.

Während aber dieser Sensationsprozeß hauptsächlich die gewissermaßen mechanische Schuldfrage klarlegte, zeigen die jetzt veröffentlichten diplomatischen Aktentstücke nicht nur die tiefsten Zusammenhänge, die zum Kriege selbst geführt haben, sondern auch die wirklichen Zielsetzungen, mit denen bei unseren Gegnern gerechnet werden mußte, und soweit es die Kriegslage zuläßt, teilweise noch gerechnet werden muß. Wir bedanken uns vor, diese Enthüllungen noch eingehend zu erörtern. Heute seien nur zwei Gruppen von Tatsachen kurz hervorgehoben. Nicht etwa Frankreich allein, sondern England und Frankreich behielten sich in den Verträgen die freie Hand betreffend die Festlegung der neuen deutschen Westgrenze vor. England ist es, das an der Abtrennung der Industrie- und Rohstoffgebiete in Elsass-Lothringen und an der Saar das lebhafteste Interesse hatte und demzufolge Frankreich an dieses Kriegsziel band, ebenso wie es andererseits Rußland durch unklare Zusicherungen von Anexionen in Ostdeutschland in Sicherheit zu wiegen suchte. Was solche Versprechungen wert waren, sofern sie über das eigene englische Interesse hinausgehen, zeigt ja die gestern von unserem Stockholmer Berichterstatter veröffentlichte Tatsache, daß England sich auch für die Aufrechterhaltung der russischen Monarchie verbürgte.

Der zweite und wichtigere Sachverhalt, den wir zu erwähnen haben, bezieht sich auf die Verteilung in der Türkei. Rußland erhält Konstantinopel samt Hinterland, aber mit Sicherungen für England, die einer neuen und stärkeren Sperre der Meerenge Rußland gegenüber gleichkommen. Dafür aber sichert sich England alle Gebiete der asiatischen Türkei, die in seine Interessensphäre fallen. Die Form dafür ist die Errichtung sogenannter „selbständiger“ Staaten in Arabien und Vorderasien. Man sieht an den russischen Einwänden, wie schwer es Rußland gefallen ist, insbesondere in Persien den letzten Rest seines Einflusses an England abzutreten. Gerade dieser Handel zeigt die ganze brutale Rücksichtslosigkeit gegen Freund und Feind, mit der England den Krieg dazu benutzt hat, um seine weltpolitischen Pläne zur Ausführung zu bringen, und zwar in diesem Fall die Vollendung der Landbrücke von Kairo nach Kalkutta, also die Verbindung zwischen seinem afrikanischen und seinem indischen Kolonialreich.

Diese englischen Pläne und Wünsche, sowohl die europäischen wie die asiatischen, treten aus den Verhandlungen am deutlichsten hervor. Rußland muß in Tien Opfer bringen, und es muß, was seine europäischen Eroberungswünsche betrifft, immer wieder bestimmte Zusicherungen fordern, die man ihm offenbar vorzuzuzugewilligt hätte.

Man sieht auch, wie das Verhältnis Englands zu Rußland zum Schaden des letzteren auszuflagen geneigt war, an den Drohungen, mit denen England die Regierung Kerenkis verfolgt hat. Die beabsichtigte Veröffentlichung über die materiellen Hilfestellungen der Verbündeten an Rußland sollte natürlich die Einkleitung für die Entziehung dieser Subsidien sein. Als solche hat Kerenki diese Maßregel auch erkannt und, wie aus der oben wiedergegebenen Antwort hervorgeht, dementsprechend auch mit einer Gegen Drohung geantwortet.

Dieser Meinungsaustausch zwischen Buchanan und Kerenki ist die beste Illustration für die Behauptung mancher Leute. Kerenki wäre ein unbedingter Gefolgsmann Englands gewesen. Auch den Botschaftern der verbündeten Mächte gegenüber hat er ausdrücklich das russische Kriegsziel aufgestellt, das uns längst bekannt ist und dem zu widersprechen wir niemals Veranlassung hatten, nämlich die Unversehrtheit und Unabhängigkeit Rußlands. A. R.